

INHALTSVERZEICHNIS

1. Abschnitt: Die kommunale Selbstverwaltung im Staatsgefüge	1
1. Die Träger der kommunalen Selbstverwaltung	1
1.1 Die Gemeinden	1
1.2 Die Gemeindeverbände, insbes. die Kreise	1
1.3 Die Gemeindeverbände im übrigen: Landschaftsverbände, Kommunalverband Ruhrgebiet, Zweckverbände	2
1.4 Die kommunalen Spitzenverbände	2
2. Die verfassungsrechtlichen Garantien und Rechtsgrundlagen der kommunalen Selbstverwaltung	3
2.1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	3
2.2 Die einfachgesetzlichen Grundlagen: GO, KreisO und LVerbO	3
2.3 Die ergänzenden Rechtsvorschriften	4
3. Der Staat und die Kommunalverwaltung: Die Stellung der Kommunalverwaltung innerhalb des Staatsganzen. Selbstverwaltung und Fremdverwaltung	4
3.1 Die Einordnung der kommunalen Selbstverwaltung in das Staatsganze: einerseits Selbständigkeit, andererseits Glied- stellung und Einbindung	4
3.2 Übersicht über die Aufgaben der Kommunalverwaltung	5
3.3 Die Einordnung der kommunalen Selbstverwaltung im Hinblick auf die grundlegenden Verfassungsprinzipien: Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat	6
● Übersicht: Kommunalverwaltung in der Verwaltungsstruktur des Landes NW	8
2. Abschnitt: Die Rechtsnatur und Rechtsstellung der Gemeinde	9
1. Die Rechtsnatur und Entstehung kommunaler Selbstverwaltungsträger	9
1.1 Die Rechtsnatur der Gemeinde	9
1.2 Die Gemeindeentstehung	9
1.3 Die Selbstverwaltungskörperschaften als Personal-, Real- und Verbandskörperschaften	9
2. Das Gemeindegebiet	10
3. Die Gemeindebewohner: Einwohner und Bürger	10
3.1 Die Unterscheidung zwischen Einwohner und Bürger	10
3.2 Die Rechtsstellung der Gemeindebewohner	10
3.2.1 Rechte	11
3.2.2 Pflichten	12

4. Die Rechtsstellung der Gemeinden	13
4.1 Die Doppelstellung der Gemeinden als Träger kommunaler Selbstverwaltung und Glied der öffentlichen Verwaltung	13
4.2 Die Gemeinden als Gebietskörperschaften	13
4.3 Die Gemeinden als Prozeßbeteiligte: im privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Bereich	13
Fall 1: Bahnhofsbezeichnung nach Änderung des Städtenamens	14
● Übersicht: Rechtsnatur und Rechtsstellung der Gemeinde	18
3. Abschnitt: Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	19
1. Wesen und Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	19
1.1 Institutionelle Garantie	19
1.2 Gewährleistung eines eigenen Aufgabenbereiches	21
Fall 2: Das Zuständigkeits-Anpassungs-Gesetz	21
1.3 Selbstverwaltungsgarantie als subjektiv öffentliches Recht	32
Fall 3: Einwohnerentzug	32
2. Die Selbstverwaltung auf Kreisebene	34
3. Besondere Ausprägungen der Selbstverwaltungsgarantie	34
3.1 Zuständigkeitsbeschränkung	34
3.2 Der Grundsatz des gemeindefreundlichen Verhaltens	35
● Übersicht: Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	36
4. Abschnitt: Aufgaben der Kommunalverwaltung und staatliche Aufsicht	37
1. Aufgabenbereich der Gemeinde	37
2. Selbstverwaltungsangelegenheiten	37
2.1 Pflichtaufgaben	37
2.2 Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	38
3. Auftragsangelegenheiten	38
3.1 Auftragsangelegenheiten kraft Bundesrechts	38
Fall 4: Die BAföG-Formulare	38
3.2 Das eingeschränkte Weisungsrecht der Fachaufsichtsbehörde	43
4. Pflichtaufgaben nach Weisung	44
4.1 Anwendungsfälle	44
4.2 Rechtliche Einordnung	44
Fall 5: Anweisung zur Einlegung einer Berufung	45
4.3 Besonderheit bei Pflichtaufgaben nach Weisung: Kostenregelung	47
4.4 Widerspruchsbehörde	48

5. Organleihe	48
Fall 6: Klage überflüssig? (Abwandlung zu Fall 5)	48
● Übersicht: Aufgaben der Kommunalverwaltung und staatliche Aufsicht	50
5. Abschnitt: Die (allgemeine) Kommunalaufsicht	51
1. Beanstandung und Aufhebung von Ratsbeschlüssen	51
1.1 Die gemeindeinterne Kontrolle	51
Fall 7: Städtepartnerschaft zwischen den Fronten	51
1.2 Aufhebung des Ratsbeschlusses durch die Aufsichtsbehörde	53
Fall 8: Fortführung von Fall 7	53
2. Beanstandung und Aufhebung von Anordnungen des Gemeindedirektors	57
3. Genehmigungsvorbehalte	58
Fall 9: Alte Bürgermeister in Öl	58
4. Anordnungsrecht und Ersatzvornahme (§ 109 GO)	61
4.1 Struktur des § 109 GO	61
Fall 10: Drohender Verlust (Fortführung von Fall 9)	61
4.2 Rechtsschutz der Gemeinde	63
5. Sonstige Aufsichtsmittel	63
5.1 Unterrichtsrecht, § 107 GO	63
5.2 Bestellung eines Beauftragten, § 110 GO	64
5.3 Auflösung des Rates, § 111 GO	64
6. Subsidiarität der Kommunalaufsicht	64
7. Schutz der Gemeinde gemäß § 113 GO	65
● Übersicht: Die (allgemeine) Kommunalaufsicht	66
6. Abschnitt: Gemeindliche Satzungen	67
1. Satzungsautonomie	67
2. Begriffsmerkmale der Satzung	67
3. Formelle und materielle Anforderungen an Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit einer Satzung	68
3.1 Voraussetzungen	68
3.2 Rechtsfolge bei Fehlerhaftigkeit	69
3.3 Umfang der Generalermächtigung	70
Fall 11: Die Sportparkordnung	70
4. Kategorien der gemeindlichen Satzungen	75
● Übersicht: Gemeindliche Satzungen	76

7. Abschnitt: Die innere Gemeindeverfassung. Die Gemeindeorgane	77
1. Die Verteilung der Zuständigkeiten auf Rat, Ausschüsse und Gemeindedirektor	77
1.1 Allzuständigkeit des Rates	77
Fall 12: Vorkaufsrecht am Grünflächengrundstück	77
1.2 Zuständigkeitsverteilung und Zusammenwirken im Verhältnis Rat, Ausschuß, Gemeindedirektor bei einfachen Geschäften der laufenden Verwaltung	80
Fall 13: Geschäftsverteilung in Bausachen	80
1.3 Die Stadien von (Verwaltungs-) Maßnahmen im Gemeindebereich	82
1.4 Nochmals zur Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat und Gemeindedirektor	83
Fall 14: Schwimmoper	83
Fall 15: Abwandlung von Fall 14	84
1.5 Dringlichkeitsentscheidungen	85
Fall 16: Eilige Wasserspar-VO	85
1.6 Anhang: Gemeindeverfassungstypen	87
● Übersicht: Zuständigkeitsverteilung (innere Gemeindeverfassung)	90
2. Der Rat der Gemeinde	91
2.1 Wahl des Rates	91
2.2 Zusammenschluß der Ratsmitglieder zur Fraktion	91
2.3 Ratsbeschlüsse. Mitwirkungsverbot wegen Befangenheit	91
Fall 17: Diesseits und jenseits des Baugebiets	91
2.4 Ausschüsse	97
2.4.1 Überblick	97
2.4.2 Ausschußmitglieder	98
2.5 Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder	98
2.5.1 Rechte	98
2.5.2 Pflichten, insbes. Verschwiegenheitspflicht und Vertretungsverbot	98
3. Bezirksverfassung und Bezirksvertretung	102
3.1 hinsichtlich der kreisfreien Städte	102
3.2 hinsichtlich der kreisangehörigen Gemeinden	103
4. Der Bürgermeister	103
4.1 Wahl des Bürgermeisters	103
4.2 Zuständigkeiten des Bürgermeisters	103
5. Der Gemeindedirektor. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeindeverwaltung	104
5.1 Die Besetzung des Amtes des Gemeindedirektors	104
Fall 18: Ausschreibung der Oberstadtdirektorstelle	104
5.2 Zuständigkeiten des Gemeindedirektors	106
5.3 Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde sowie Beigeordnete ..	106

6. Das Kommunalverfassungsverfahren	107
Fall 19: Wahl des Bürgermeisters durch beschlußfähigen Gemeinderat	107
7. Anhang: Die Organe des Kreises	115
● Übersicht: Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen; Kommunalverfassungsverfahren	116
8. Abschnitt: Rechtsbeziehungen der Gemeinde zu Dritten. Zuständigkeit zum Erlaß von Verwaltungsakten (Behördenzuständigkeit). Vertretung der Gemeinde. Haftung der Gemeinde	117
1. Der Erlaß von Verwaltungsakten durch Gemeindebehörden	117
1.1 Der Gemeindedirektor als allgemeine Behörde der Gemeinde	117
Fall 20: Gebührenbescheid nach Ratsbeschluß	117
1.2 Der Rat als Behörde der Gemeinde	119
2. Die Vertretung der Gemeinde bei (privatrechtlichen) Rechtsgeschäften	120
2.1 Grundsätzlich zur Vertretung der Gemeinde (§ 55 GO). Die Vertretung bei Verpflichtungsgeschäften	120
Fall 21: Prozeßvertretung	120
2.2 Sonderfälle der Vertretung	122
2.3 Das Verhältnis der Vertretungsregelung (§§ 55, 56 GO) zu den Vorschriften über die Willensbildung und Entscheidung (§ 28 GO) ...	123
Fall 22: Grundstückskauf ohne Ratsbeschluß	123
2.4 Verpflichtungsgeschäfte, die ohne Beachtung des § 56 Abs. 1 GO abgeschlossen wurden	125
Fall 23: Pumpanlage	125
Fall 24: Allein läuft nichts (Abwandlung zu Fall 23)	128
3. Verletzung der gesetzlichen Aufgabenverteilung bei Erlaß von Verwaltungsakten	131
3.1 Handeln des falschen Organs	131
Fall 25: Abbruchverfügung des Gemeinderats	131
3.2 Verwaltungsakt des Gemeindedirektors ohne erforderlichen Ratsbeschluß	132
Fall 26: Straßeneinziehung ohne Ratsbeschluß	132
4. Haftung der Gemeinde	134
● Übersicht: Behörden bzw Vertretung der Gemeinde. Verhältnis Vertretung-Innenverhältnis/"Zuständigkeitsfehler"	136
9. Abschnitt: Die Beteiligung der Gemeinde am Wirtschaftsleben	137
1. Begriff des wirtschaftlichen Unternehmens	137
2. Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen der Gemeinde	138

2.1 Errichtung und Erweiterung wirtschaftlicher Unternehmen	138
Fall 27: Die gemeindliche Wohnungsvermittlung	138
2.2 Beteiligung an einer Gesellschaft	146
3. Organisationsformen wirtschaftlicher Unternehmen	146
3.1 Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	147
3.1.1 Regiebetrieb	147
3.1.2 Eigenbetriebe	147
3.1.3 Rechtsfähige Anstalten	147
3.1.4 Zweckverbände	147
3.2 Privatrechtliche Organisationsformen	147
● Übersicht: Beteiligung der Gemeinde am Wirtschaftsleben	148
10. Abschnitt: Gemeindefinanzen und Gemeindehaushaltsrecht	149
1. Finanzhoheit	149
2. Gemeindevermögen	149
3. Einnahmen der Gemeinde	150
3.1 Gebühren und Beiträge	150
Fall 28: Die gestaffelten Musikschulgebühren	150
3.2 Gemeindesteuern	154
Fall 29: Kommunale Zweitwohnungssteuer	154
3.3 Beteiligung der Gemeinde am Einkommensteueraufkommen	158
3.4 Staatliche Finanzausweisungen	158
4. Haushaltsrecht	159
4.1 Finanzplanung	159
4.2 Haushaltssatzung	159
4.2.1 Haushaltsplan	159
4.2.2 Hebesätze für die Realsteuern	160
5. Rechnungsprüfung	160
5.1 Gemeindliche Eigenprüfung	161
5.2 Aufsichtsprüfung	161
● Übersicht: Gemeindefinanzen und Gemeindehaushaltsrecht	162